

Editorial

»It's bad for democracy. The ugliness of our politics is closely tied to the inequality of income. You start to get a society in which the elite is just not living in the same material universe as the rest of the population. The people who have the most influence are not interested in having good public services, because they don't use them. You just get a bad society.«
Paul Krugman (2008)

Macht, Verteilung und Demokratie

Die in diesem Heft versammelten Beiträge widmen sich dem Wechselspiel von ökonomischer Macht und politischer Gestaltungsmöglichkeit. Mehrere Artikel sind überarbeitete Beiträge der im November 2008 an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien stattgefundenen Konferenz zum Thema »Verteilung und Demokratie«, auf der vor allem junge Wissenschaftler/innen erste Ergebnisse ihrer Arbeiten vorstellten. Die Konferenz war eine breite Kooperationsveranstaltung des BEIGEWUM in Kooperation mit der AK Wien, dem Institut VW1 an der WU-Wien, dem Graduiertenzentrum der Fakultät für Sozialwissenschaften, Uni-Wien und der Studienrichtungsververtretung Volkswirtschaft der WU-Wien.

Die Ökonomen Antony B. Atkinson und Thomas Piketty haben in ihrem aufsehenerregenden Buch »*Top Incomes over the Twentieth Century*« zehn Länderstudien zusammengefasst, in welchen sie die langfristige Entwicklung der Spitzeneinkommen im 20. Jahrhundert nach einer standardisierten Methode mittels Steuerdaten verfolgen (Atkinson and Piketty 2007). Diese Länderstudien zeigen unisono, dass die Einkommensentwicklung für die Top-10% der Einkommensbezieher/innen über die vergangenen 100 Jahre hinweg einen U-förmigen Verlauf aufweist. Für die USA schwankte der Anteil der Top-10% an allen Einkommen in der Zwischenkriegszeit zwischen 40 und 45% und reduzierte sich zu Kriegsbeginn binnen nur vier Jahren (1938–42) auf rund 32%. In den darauf folgenden 40 Jahren blieb der Anteil dieser Einkommensgruppe mit rund 31-32% konstant. Erst Ende der 80er Jahre ist er wieder stark angestiegen. Diese beiden letzten Jahrzehnte waren geprägt durch einen Rückzug des Staates, eine zunehmende weltweite Liberalisierung der Weltmärkte sowie einen enormen Bedeutungsgewinn der Finanzmärkte. Unterteilt man die Top-10% der Spitzeneinkommen nochmals in Untergruppen, so wird offensichtlich, dass der U-förmige Verlauf des Einkommensanteils des obersten Dezils vor allem durch die Anteile der Top-1% Einkommensbezieher/innen (Spitzeneinkommen) bestimmt wird. In den USA stieg deren Anteil am Gesamteinkommen nach über 30jähriger Konstanz (1953–85) von rund 8-9% auf sagenhafte 17% zwischen 1985 und 2000! Die Entwicklungen in den neun anderen Ländern sind zwar unterschiedlich, das Phänomen der enormen Anteilsgewinne der Spitzeneinkommensbezieher/innen ist jedoch durchgängig für alle hier untersuchten Länder erkennbar.¹

Die Verteilung des Vermögens ist insgesamt noch wesentlich ungleicher als jene der Einkommen. Weltweit wird der Anteil des obersten Dezils am Gesamtvermögen auf ca. 85% geschätzt. Doch auch innerhalb der Industriestaaten ist die Vermögenskonzentration enorm. Für die USA wird geschätzt, dass im Jahre 2001 die Top-1% 33% des US-Vermögens besaßen und das oberste Dezil auf 69,8% kam (Davies et al. 2008, 4). Mit Ausnahme der Schweiz (!) zeigt keines der 16 hier untersuchten OECD-Staaten eine höhere Vermögenskonzentration. Es ist nahe liegend, dass Fragen der Auswirkungen einer derart exorbitant hohen Einkommens- und Vermögenskonzentration auf die demokratische Grundordnung von Gesellschaften zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Die Frage der Macht ist in der traditionellen Ökonomie ein Thema, welches zu meist nur am Rande erwähnt wird. Macht ist eine Thematik, welche in der Regel mit ökonomischem Wissen alleine nur unzureichend behandelt werden kann, und somit ein Bereich, in welchem die Notwendigkeit der interdisziplinären wissenschaftlichen Arbeit besonders deutlich wird. Eine umfassende Analyse der Macht erfordert vor allem eine enge Zusammenarbeit von soziologischen, historischen und politischen Wissenschaften.² Rothschild (2002) zeigt in seinem Artikel »*The absence of power in contemporary economic theory*«, dass Fragen der Macht in der klassischen Ökonomie des 18. und 19. Jahrhunderts noch einen viel größeren Stellenwert hatten, als dies heute der Fall ist. Zum einen waren viele der klassischen Ökonomen, allen voran Smith und Marx, als »*homines universali*« noch Philosophen im »guten alten Sinne«, deren Interesse und Studien Fragen der Soziologie, Politologie, Rechtswissenschaft, Psychologie, aber auch der Astronomie und Physik berücksichtigten. Dies ist zumindest ein Grund, weshalb Machtfragen in den Werken der beiden Gründungsväter der Nationalökonomie im Vergleich zu heute wesentlich präsenter waren. Zudem gewann mit der Entwicklung der neoklassischen Theorie die Ökonomie zunehmend mehr einen an die Naturwissenschaften angelehnten formal-mathematischen Charakter. Zwar konnten im Rahmen dieser Modell Fragen wie Monopolmacht oder Bargaining power integriert werden und somit Preis-bestimmende Elemente integriert werden, Fragen der Entwicklung von Monopolen/Oligopolen sowie deren historische, politische und soziologische Voraussetzungen blieben in der neoklassischen Ökonomie jedoch nahezu ausgeblendet. Letztendlich war jedoch der bedeutendste Grund der Vernachlässigung von Machtfragen ein ideologischer:

»The basic Smithian model with its scientific aim of showing how and with what effects a »free« competitive market economy can function and can function even (here comes the normative element) efficiently with the welcome aim of increasing the nation's wealth became (and still is) an easy prey for ideologies of groups which are the main beneficiaries from more or less free markets with state intervention forbidden in principle— though not necessarily when their own interests are involved.«
Rothschild (2002, 440)

Insbesondere der letzte Satz hat ungeheure Aktualität. Während in den beiden vergangenen Jahrzehnten das Schlagwort »Mehr Markt – weniger Staat« propagandistische Höhenflüge erlebte, stellen sich heute Banken, Versicherungen und Unternehmen bei nationalen Regierungen und internationalen Organisationen um Unterstützung aus öffentlichen Milliarden-Hilfspaketen an. Und wie ganz selbstverständlich wird jegliche Mitsprache der öffentlichen Gläubiger durch die privaten Schuldner

strikt verwehrt. Damit zeigen gesellschaftliche Eliten ihre Macht und die ökonomische Mainstream-Theorie erweist sich zur Erklärung solcher Vorgänge als völlig unbrauchbar.

Dass die Vernachlässigung der Machtfrage in der Ökonomie heute weniger berechtigt ist als je zuvor, ergibt sich vor allem aus der zunehmenden Konzentration der Weltwirtschaft. Die herausragende Bedeutung von großen, multinationalen Konzernen in der globalen Wirtschaft bestreitet zwar heute niemand mehr, die sich dadurch nahezu aufdrängende Machtfrage wird in der ökonomischen Mainstream-Theorie dennoch weiterhin ignoriert.

Verbunden mit der »Globalisierung« der Wirtschaft war und ist auch eine »Globalisierung« der Politik. Im zunehmenden Maße werden die Regeln für die globale Wirtschaft auf supra- (EU-) oder internationaler Ebene festgelegt. Damit verbunden war und ist zumeist eine noch geringere Transparenz sowie eine schwindende Rechenschaftspflicht des politischen Entscheidungsprozesses und deren Repräsentant/innen. Da Politik damit immer weniger greifbar wird, schwand das Vertrauen in die Politik auf nationaler Ebene, konnte aber auf supra- und internationale Ebene kaum gesteigert werden. Gleichzeitig wird Politik häufig reduziert auf so genannte »Sachzwänge«. Joachim Hirsch zeigt in seinem Beitrag in diesem Heft, dass nationale Politik zunehmend häufiger zu einem nachvollziehenden Organ wird, das Entscheidungen nachträglich legitimiert und möglichst gut verkaufen möchte: »*Die Parteien haben sich von Instanzen gesellschaftlicher Interessenartikulation und Interessenvermittlung zu medial operierenden Apparaten entwickelt, deren vorrangige Funktion es ist, politische Entscheidungen den Betroffenen zu vermitteln.*« Hirsch stellt jedoch auch fest, dass es – um mögliche Alternativen auszuloten – gerade deshalb »*notwendig sein wird, neu zu definieren, was Demokratie auf nationaler und vor allem auch auf internationaler Ebene heißt.*« Mit diesem Heft soll daher der Versuch unternommen werden, einen Beitrag zu der Diskussion um den Zusammenhang zwischen demokratischer Macht und Verteilung von Ressourcen zu leisten.

Mehrere der Beiträge dieses Heftes nehmen auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu und seine Analyse verschiedener Kapitalarten Bezug, die zeigt, wie mitbestimmend das Kapital bei der Verteilung und damit bei den Ergebnissen ist. Individuen besitzen unterschiedlich viele Potentiale verschiedener Art, die sie einsetzen und teilweise umwandeln können: Ökonomisches Kapital, soziales Kapital und kulturelles Kapital (Bourdieu 1982). Dabei haben diese Formen von Kapital selbstverstärkende Effekte. *Ökonomisches* Kapital (in der Form von Vermögen, Unternehmen, Produktionsmitteln, Grund und Boden, Geld und Aktien, etc.) ermöglicht sowohl den Erwerb von *kulturellem* Kapital (Schul- und Bildungsabschlüsse; aber auch »*anerzogene*« Bildung) als auch von *sozialem* Kapital (Zugang zu Ressourcen des sozialen und gesellschaftlichen Lebens wie Unterstützung, Hilfeleistung, Anerkennung, Wissen und Verbindungen bis hin zum Finden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen). Diese Kapitalien werden in der Familie an die Kinder weiter gegeben. Die Umwandlung von ökonomischem in kulturelles Kapital setzt auch Zeit voraus, welche jedoch durch die Verfügung über ökonomisches Kapital substituiert werden kann. Eltern in vermögenden Haushalten nehmen sich nicht nur selbst mehr Zeit zur Erziehung und Übertragung von sozialem und kulturellem Kapital, sondern können sich den Erwerb dieser Kapitalien für ihre Kinder in Form einer qualitativ

hochwertigen Kinderbetreuung, von Privat- und Eliteschulen bis hin zur kostenintensiven Universitätsausbildung auch leisten. Später »rentiert« sich diese Strategie wieder durch höhere Qualifikationen, bessere Netzwerke und – damit verbunden – höheres Einkommen. Es findet somit eine Rückverwandlung von kulturellem Kapital in ökonomisches Kapital in Form höherer Einkommen und somit auch höheren Verwirklichungschancen statt.

In ärmeren Schichten stellt ein Beziehungsnetzwerk auch soziales Kapital dar, durch welches ökonomische und soziale Risiken reduziert werden können, indem Hilfeleistungen und Unterstützung im Rahmen dieser Beziehungsnetzwerke erbracht werden. Wenn durch die Individualisierung der Gesellschaft derartige Institutionen (wie Nachbarschaftshilfe, Freundschaften, Vertrauen, etc.) verloren gehen, steigen dadurch die Kosten für die Gesamtgesellschaft. In einer Gesellschaft mit geringem sozialen Kapital sind Rechts- und Polizeigewalt zum Schutz des Eigentums sowie staatliche Regulation von größerer Bedeutung, weil Vertrauen und Kooperationsbereitschaft bei der Lösung von Problemen und Konflikten nicht ausreichend vorhanden sind. Gesellschaften mit hohen Einkommens- und Vermögensungleichheiten haben in der Regel auch eine stärkere gesellschaftliche Segregation und Polarisierung mit den damit verbundenen hohen gesamtgesellschaftlichen Kosten. Neben hohen Kriminalitätsraten, geringerem sozialen Frieden und den damit einhergehenden hohen Aufwendungen für Polizei und Militär zeigt sich dies auch in der zunehmenden Anzahl an Gefängnisinsassen. Die USA sind gerade in dieser Hinsicht ein markantes Beispiel. Während im Jahre 2004 in Österreich auf 100.000 Einwohner 98 Gefängnisinsassen, in Norwegen, Finnland und Dänemark sogar nur rund 60 Gefängnisinsassen kamen, betrug die entsprechende Zahl in Russland 587 und in den USA sogar 725 (OECD 2008). Diese sozialen Kosten von Einkommens- und Machtungleichheiten finden in der ökonomischen Theorie nur selten Eingang.

Wie die Analyse von Bourdieu zeigt, sind individuellen Verwirklichungschancen stark abhängig von der jeweiligen Herkunft des/der Einzelnen. Allerdings kann die öffentliche Hand durch eine Vielzahl von Eingriffen und Maßnahmen insbesondere in der Familien-, Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik die individuellen Verwirklichungschancen in vielerlei Hinsicht fördern. Eine Vielzahl an Studien über die intergenerationelle Mobilität zwischen unterschiedlichen Einkommens- und Vermögenschichten zeigen, dass diese je nach Land sehr unterschiedlich ist.³ Während für die USA und UK sehr hohe intergenerationelle Korrelationen (0,4) zwischen den Einkommen der Eltern und jenen der Kinder gemessen wurden – ein Zeichen für nur geringe Mobilität –, so zeigen sich etwa für Kanada, Finnland und Schweden sehr viel niedrigere Korrelationen (0,2) und somit eine wesentlich höhere Einkommensmobilität zwischen den Generationen. Interessant ist dabei vor allem, dass die Mobilität an den Rändern der Verteilung, also bei den ärmsten wie bei den reichsten Einkommenschichten besonders gering ist (OECD 2008, 169ff.; Finnie and Irvine, 2006). Die Korrelationswerte erreichen hier ein Ausmaß von 0,6 bis 0,7 – oder nahezu vollkommene Immobilität! Gerade für die USA ist die Immobilität sozialer Randgruppen besonders deutlich (Jäntti, et al. 2006). Während die soziale Durchlässigkeit in den USA und UK in den vergangenen beiden Jahrzehnten sogar noch gesunken ist, verzeichnete Finnland eine steigende Mobilität (bzw. fallende Korrelationswerte), welche vor allem auf Änderungen in Bildungswesen zurückgeführt wird (Pekkarinen et al. 2006).

Für die Mehrheit der OECD-Ländern wird – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – eine relativ geringe (für die USA auch eine tendenziell sinkende) intergenerationelle Mobilität konstatiert. Insbesondere in den USA und in UK entspricht der »amerikanische Traum vom Tellerwäscher zum Millionär« nur der fiktiven (Film-) Welt. Richard Baldwin (2008) fasst dies wie folgt zusammen:

»Regardless of the why's, the facts are clear. Most poor Americans had poor parents and most rich Americans had rich parents. Intergenerational transmission of income inequality is the jargon for this. ... However, the research shows that even controlling for a person's observable features, a parent's income is a strong predictor of their children's incomes.«

Als Resümee der bisher vorgestellten ökonomischen Befunde lässt sich festhalten, dass einerseits steigende Ungleichheiten in der Einkommensverteilung zu verzeichnen sind, andererseits aber auch eine sehr hohe Persistenz einzelner Einkommenschichten über Generation hinweg besteht. Derartige Persistenzen sind aber gerade bei steigender Ungleichheit politisch sehr viel bedrohlicher. Dass diese Persistenzen gerade an den Rändern, also bei den untersten und obersten Einkommenschichten, besonders ausgeprägt sind, verschärft die Situation noch: Die Einkommendritten auseinander und gleichzeitig nehmen die Chancen zum Wechsel in höhere Einkommenschichten ab; das heißt Persistenz von »Arm« und »Reich« bei zunehmender Divergenz dieser beiden sozialen Schichten! Dies birgt ungemene soziale und politische Sprengkraft.

Anthony Atkinson, der bereits erwähnte britische Doyen der Ungleichheitsforschung, betont in seinen Werken stets, dass zur Erklärung von Ungleichheiten nur eine polit-ökonomische Analyse hilfreich sein kann. Die (Über-)Betonung von neuen technologischen Entwicklungen sowie der Intensivierung des weltweiten Handels vermittle nur die Impression, dass Ungleichheiten außerhalb der Kontrolle von nationalen und internationalen Regierungen liegen. Dabei könne, so Atkinson, derartigen Kräften mittels Steuer- und Transferpolitiken nahezu immer entgegengewirkt werden. Die öffentliche Hand könne die Entlohnung der Produktionsfaktoren stets mitgestalten, sei es über die Makropolitik, über die Gestaltung der staatlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen oder als direkter Beschäftigungsgeber. Jede dieser Maßnahmen verändere auch die Verteilung der Einkommen (Atkinson 2007). Atkinson schrieb diese Worte nicht in einem seiner zahlreichen wissenschaftlichen Artikel, sondern sprach diese bei einer Rede vor höchsten Repräsentanten der Europäischen Union in Brüssel um unmißverständlich auf die große Dringlichkeit dieser Thematik hinzuweisen.

Die Möglichkeiten von wirtschafts- und sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen sind durch die bestehende Primärverteilung von Einkommen und Vermögen – und deren Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Machtverteilung – jedoch begrenzt. So halten die beiden Ökonomen Gary Burtless und Christopher Jencks für die USA Folgendes fest:

»We worry most about the possibility that changes in the distribution of income lead to changes in the distribution of political power both because such a change can undermine the legitimacy of the political system and because it can make the increase in economic inequality irreversible. ...

If growing economic inequality increases the political influence of the rich, and if the political influence of the rich allows economic inequality to grow even more, legislative support for redistribution in the United States could go into irreversible decline.«
(Burtless and Jencks 2003, 100)

Sicherlich ergibt sich durch die aktuelle Schärfe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue Dringlichkeit zum Ergreifen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Staatliches Handeln ist angesagt, wie selten zuvor. Keinesfalls ist jedoch gewährleistet, dass staatliche Eingriffe auch tatsächlich an den zentralen Ursachen der gegenwärtigen Krise ansetzen. Dafür bedarf es sicherlich einer tiefer gehenden Diskussion der komplexen Krisenzusammenhänge, als sie gegenwärtig in den Reihen der politischen Entscheidungsträger geleistet wird. Die in den beiden vergangenen Jahrzehnten stattgefundenen Verschärfungen der Einkommensungleichheiten stehen jedoch in ganz unmittelbarem Zusammenhang mit der heutigen Krise der Finanzmärkte. Fallende Lohnquoten und besonders schlechte Einkommensentwicklung bei den Niedrigverdiener/innen einerseits, aber steigende Einkommens- und Vermögenskonzentration auf der anderen Seite führten zu enormen Verwerfungen in der Einkommensverteilung seit Ende der 70er Jahre. Das überschüssige Kapital und nicht die tendenziell ärmer werdenden Lohnarbeitenden war Auslöser der irrationalen Übertreibungen auf den Finanzmärkten (vgl. BEIGEWUM 2008). Zumindest eine intensivere Diskussion dieser Zusammenhänge kann zu besseren Einsichten und davon abgeleitet zu zielgerechtem sozial- und wirtschaftspolitischen Handeln führen.

Die folgenden Beiträge zum Thema »Macht, Verteilung und Demokratie« versuchen aus sehr vielfältigen Perspektiven und für sehr unterschiedliche Bereiche die Möglichkeiten staatlichen Handelns auszuloten.

Joachim Hirsch analysiert in seinem Beitrag die Rolle der Demokratie in einer globalisierten Ökonomie. Für ihn ist die offenkundige Erosion der liberaldemokratischen Systeme eine Folge des *neoliberalen Konstitutionalismus*. D. h. eines Geflechts von internationalen politischen Institutionen, Regeln und Verfahren, die vor allem der Sicherung des Privateigentums, der Investitionsfreiheit und der Marktöffnung dienen und die der in den einzelnen Staaten institutionalisierten demokratischen Einflussnahme praktisch entzogen sind. Es hat den Anschein, als zerbreche die historische Verbindung von Kapitalismus und liberaler Demokratie mit dessen globaler Durchsetzung.

Thomas Dürmeier behandelt in seinem Beitrag demokratiepolitische Probleme beim Vorhandensein ungleicher Machtressourcen. Dabei geht er zunächst auf die Bedeutungslosigkeit von Machtfragen in der Mainstream-Ökonomie ein. Er skizziert sodann basierend auf den Theorien von Amartya Sen und Pierre Bourdieu, ein theoretisches Konzept der ökonomischen Mechanismen der Macht sowie deren demokratiepolitischen Implikationen. Veranschaulicht wird dieses Konzept am Beispiel der Bedeutung und der Einflussmöglichkeiten von Transnationalen Unternehmen in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Es zeigt sich dabei, dass nur strukturelle Veränderungen der Machtakkumulation längerfristig die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von demokratischen Grundstrukturen gewährleisten können.

Martin Schürz führt in seinem Beitrag »Verdienen Reiche was sie verdienen?« eine argumentative Auseinandersetzung zur Thematik »Gerechtigkeit und Leistung«

entlang von Thesen von Andreas Treichl, welche dieser in zahlreichen Interviews entwickelt hat. Anschaulich wird in diesem Beitrag gezeigt, dass *der* Markt weniger die objektive Leistung der Marktteilnehmern wiedergibt, sondern dieser abhängig ist von Interessensdivergenzen und gekennzeichnet ist durch Machtstrukturen. Märkte sind somit das Resultat von sozialen Konflikten, in denen unterschiedliche Interessen innerhalb eines moralisch und politisch strukturierten Handlungskontextes aufeinandertreffen.

Karin Heitzmann, Johanna Hofbauer, Stefanie Mackerle-Bixa und Guido Strunk analysieren die soziale Struktur von Zivilgesellschaften anhand von Partizipation, Freiwilligenarbeit und Spendenintensität in bzw. an Non-Profit-Organisationen (NPOs) für Österreich. Die Ergebnisse dieser umfassenden Untersuchung sind nicht wenig überraschend: Die Partizipationsintensität wird neben der persönlichen Bereitschaft sowie Werthaltung der Individuen vor allem durch den sozialen Status, die Beschäftigung sowie das Einkommen und den Bildungsabschluss der Individuen bestimmt. Die Schlussfolgerung, dass NPOs somit die soziale Integration von unteren gesellschaftlichen Schichten nicht fördern, sondern Ungleichheiten sogar reproduzieren, lässt für diesen Bereich eine heftige Diskussion erwarten.

Katharina Mader geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie sinnvoll es ist, im Rahmen von Gender Budgeting nach Ergebnisgerechtigkeit zu fragen, wenn die Rahmenbedingungen durch ungleiche Voraussetzungen gar nicht gegeben sein können. Im Rahmen einer Demokratisierung von Wirtschaftspolitik muss es vielmehr um die Schaffung von transparenten, rechenschaftspflichtigen und partizipativen Budgetprozessen gehen, im Zuge derer jede/r BürgerIn eine gleichwertige Stimme hat.

Die weiteren Beiträge befassen sich mit drei gesellschaftlich und quantitativ bedeutsamsten Bereichen staatlichen Handelns: der Wohnungspolitik, dem Gesundheits- und dem Bildungswesen.

Florian Wukovitsch diskutiert in seiner vergleichenden Untersuchung die Wohnungspolitiken der Städte Wien und Berlin der letzten zwei Jahrzehnte. Es zeigt sich, dass Berlin die Liberalisierung des Wohnungsmarktes vorangetrieben hat, Wien war hier viel zurückhaltender, was durchaus positive sozialpolitische Konsequenzen hatte. Die Integration von Randgruppen, insbesondere Migrant/inn/en, stellt aber nach wie vor in Wien ein Problem dar.

Benjamin Bittschi analysiert an Hand der Gesundheitsbefragung 2006/2007 der Statistik Austria den Gesundheitszustand der Österreicher/innen. Individuen wurden dabei nach deren Gesundheitszustand befragt und dies mit einer Vielzahl an sozio-ökonomischen Charakteristika verglichen. Dabei zeigt sich mit beeindruckender Deutlichkeit, dass trotz eines scheinbar relativ egalitären Gesundheitssystems in Österreich ein klarer und eindeutig positiver Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und Einkommen besteht.

Petra Völkerer und Alexander Schneider befassen sich schließlich mit der Frage der sozialen Durchlässigkeit der österreichischen Bildungspolitik sowohl aus historischer Perspektive als auch aufgrund der Ergebnisse der Pisa-Studie. Der – möglicherweise nicht überraschende – Befund, ist, dass das Ausbildungsniveau sehr stark durch die elterliche Herkunft geprägt ist und dies, historisch gesehen, schon sehr lange durch die konservativen Parteien so gewünscht ist.

Das **Debattenforum** zum Thema **Rechtspopulismus und -extremismus** schließt inhaltlich nahtlos an die Schwerpunktthematik an. **Jörg Flecker** thematisiert die At-

traktivität des Rechtspopulismus und -extremismus vor dem Hintergrund des sozio-ökonomischen Wandels. Für Jörg Flecker stoßen rechtspopulistische und rechts-extreme Parteien in eine populistische Lücke vor, die von linken Kräften unbesetzt gelassen wird. Während Missstände und Ungerechtigkeiten, die aus neoliberaler Politik resultieren, von linken Kräften vernachlässigt werden, formulieren rechte Kräfte daran ansetzende Deutungsangebote. Die WählerInnen wählen diese nicht aus Überzeugung, sondern mangels linker Alternativen, so Fleckers These. Flecker thematisiert aber auch die Frage, ob das aktuelle Scheitern des Finanzkapitalismus nicht auch eine Möglichkeit darstellt, die wahren Ursachen der gesellschaftlichen Misere in einer breiteren Öffentlichkeit zu benennen und zu thematisieren. Dem widerspricht **Sylvia Köchl**, indem sie auf historische Kontinuitäten im Alltagsbewusstsein vor allem in Österreich als wichtige Determinante rechter Wahlerfolge hinweist. Die Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien ist somit kein bloß konjunkturelles Phänomen und kurzfristiger Verpackungserfolg bei einer ideologisch indifferenten Wählerschaft, sondern knüpft an weitverbreitete Dispositionen und politische Präferenzen an, deren Bekämpfung anderer Strategien (aktive Benennung und Kritik, Bildungsarbeit etc.) bedarf, nicht bloß adaptierter Wahlkampflogans zum Punktegewinn in der Populismuskonkurrenz.

Die aktuelle, größte Weltwirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte sowie deren Bewältigungsstrategien werden zeigen, ob es gelingt, die Zusammenhänge zwischen Macht, Verteilungsfragen und der Zukunft einer demokratischen Gesellschaft stärker zu thematisieren und mögliche Alternativen zu entwickeln. Das vorliegende Heft soll hierzu einen kleinen Beitrag leisten.

Wilfried Atzinger und Christa Schlager

Literatur

- Atkinson, A. B. (2007) Distribution and Growth in Europe – the Empirical Picture: a Long-run View of the Distribution of Income. Growth and Income Distribution in an Integrated Europe: Does EMU Make a Difference? EU Conference, Brussels.
- Atkinson, A. B. and T. Piketty (2007) Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries, Oxford and New York: Oxford University Press.
- Baldwin, Richard (2008) The flip-side of the American dream, Economist, July 4th 2008. http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2008/07/the_flipside_of_the_american_d_1.cfm
- BEIGEWUM (2008) BEIGEWUM Forderungen zur Finanzkrise, http://www.beigewum.at/_TCgi_Images/beigewum/20081027115022_StellungnahmeFinanzkrise.doc
- Bjorklund, Anders and Markus Jäntti (2009) Intergenerational Economic Inequality, in: Salverda Wiemer, Brian Nolan and Tim Smeeding (eds.), Oxford Handbook of Economic Inequality, Chap. 20
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. (französ. 1979), Frankfurt a. M. 1982.
- Burtless, G. and C. Jencks (2003) American Inequality and Its Consequences. Agenda for the Nation. H. J. Aaron, J. M. Lindsay and P. S. Nivola, Brookings Institution Press: 61-108.
- Davies, James B., Susanna Sandström, Anthony Shorrocks and Edward N. Wolff (2008) World Distribution of Household Wealth, UNU-WIDER Discussion Paper No. 2008/03. http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/discussion-papers/2008/en_GB/dp2008-03/_files/78918010772127840/default/dp2008-03.pdf
- Finnie, R. and I. Irvine. (2006) »Mobility and Gender at the Top Tail of the Earnings Distribution«. Economic and Social Review, 37 (2): 1-25.
- Jacobs, Lawrence R. and Theda Skocpol (2005) American Democracy in an Era of Rising

- Inequality, in: Jacobs, Lawrence R. and Theda Skocpol (eds) *Inequality and American Democracy: What we know and what we need to learn*, New York: Russell Sage Foundation: 1-18.
- Jäntti, Markus, Bernt Bratsberg, Knut Røed, Oddbjørn Raaum, Robin Naylor, Eva Österbacka, Anders Björklund and Tor Eriksson (2006) *American Exceptionalism in a New Light: A Comparison of Intergenerational Earnings Mobility in the Nordic Countries, the United Kingdom and the United States*, IZA Discussion Paper No. 1938.
- Krugman, Paul (2008) *Krugman on inequality and democracy*, *Economist*, August 21th 2008. http://www.economist.com/blogs/freeexchange/2007/08/krugman_on_inequality_and_demo.cfm
- OECD (2008) *Factbook: Economic, Environmental and Social Statistics*. <http://puck.sourceoecd.org/vl=922611/cl=13/nw=1/rpsv/factbook/110303-g1.htm>
- Pekkarinen, Tuomas, Sari Pekkala and Roope Uusitalo (2006) *Educational policy and inter-generational income mobility: evidence from the Finnish comprehensive school reform*, Institute for Labour Market Policy Evaluation, Working Paper 13.
- Rothschild, K. W. (2002) *The absence of power in contemporary theory*, *Journal of Socio-Economics*, 31, 433-442
- Rothschild, K. W. (ed.) (1971) *Power in Economics*. Penguin 1971.

Anmerkungen

- 1 USA, Kanada, UK, Irland, Australien, Neuseeland, Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweiz.
- 2 Die Zusammenstellung der Beiträge in diesem Heft versucht darauf Rücksicht zu nehmen.
- 3 Einen rezenten Literaturüberblick dazu bieten Björklund und Jäntti (2009).